

Baukultur ist Partizipationskultur

Netzwerktreffen Süd

29. Juni 2011

Stadthaus Ulm

EINE INITIATIVE DER BUNDESSTIFTUNG BAUKULTUR IN KOOPERATION MIT DER

Architektenkammer Baden-Württemberg /

Kammergruppe Ulm / Alb-Donau-Kreis

Fachgebiet Architekturkommunikation (a*komm) am

Karlsruher Institut für Technologie (KIT)

architekturforum.kempton e.V.

VORWORT

Eine Sprache für die Baukultur; Michael Braum

Vorstandsvorsitzender, Bundesstiftung Baukultur, Potsdam

PROGRAMM

Tagesablauf

BEGRÜSSUNG

Von Freundschaften und Netzwerken; Jens Rannow

Vorsitzender, Kammergruppe Ulm / Alb-Donau-Kreis, Ulm

EINFÜHRUNG

Baukultur braucht Beteiligung; Die Bedeutung der Netzwerkarbeit zum Thema Baukultur und Partizipation, Michael Braum

IMPULSREFERATE

Impuls 1: Planen im Dialog; Alexander Wetzig, Bürgermeister der Stadt Ulm, Fachbereich Stadtentwicklung, Bau und Umwelt

Impuls 2: Wer gestaltet die Stadt? Christiane Thalgot; Stadtbaurätin der Stadt München a.D.

Impuls 3: Welche Kommunikationswege braucht das Bauen in der offenen Gesellschaft? Julian Petrin, Stadtplaner, urbanista und Nexthamburg, Hamburg

TISCHGESPRÄCHE

**Tisch 1: Bauen in der offenen Gesellschaft: Partizipation und Interaktion über Neue Medien
Eric Sturm, Architekt und Webdesigner, Berlin**

**Tisch 2: Wo verkehrt die Baukultur? Partizipation bei Infrastrukturprojekten;
Ursula Ammermann, Stadtplanerin und Moderatorin , citycom, München**

**Tisch 3: Baukultur macht Schule! Partizipation bei Bildungsbauten, Christian Holl
Architekturkritiker und Publizist, frei04-publizistik, Stuttgart**

**Tisch 4: Wem gehört die Stadt-Landschaft? Partizipation in der Freiraumplanung,
Nicolette Baumeister, Architekturkritikerin und Publizistin, Büro Baumeister, München**

Nachstehend finden sich - weitestgehend ungekürzt - wesentliche Aussagen von Referenten i.S. einer Kurzfassung der offiziellen Dokumentation. Entfallene Beiträge lassen sich aus der Inhaltsangabe (s.o.) ersehen

Baukultur braucht Beteiligung

Die Bedeutung der Netzwerkarbeit zum Thema Baukultur und Partizipation

MICHAEL BRAUM

Baukultur ist das Ergebnis von Partizipationsprozessen, um eine gesellschaftliche Wertschätzung für unsere entworfene Umwelt zu erreichen. Damit diese erfolgreich verlaufen, bedarf es einer verbesserten Kommunikation zwischen allen am Bauprozess Beteiligten sowie zeitgemäße Beteiligungsverfahren als Form der Baukulturvermittlung.

Die Bedeutung von Öffentlichkeitsbeteiligung im baukulturellen Bereich nimmt wieder einen zunehmenden Stellenwert ein. Eine neue Partizipationskultur erfordert vor allem eine verbesserte Kommunikation zwischen Stadt und Stadtgesellschaft, zwischen Fachleuten und Nicht-Fachleuten, Baubeteiligten und Bürgern. Baukultur ist das Ergebnis von Partizipationsprozessen, um die Akzeptanz und Wertschätzung für unsere gebaute Umwelt bei der Bevölkerung zu erreichen.

Baukultur braucht Partizipation und Interaktion mittels Neuer Medien

Für die Vermittlung von Baukultur spielen Architekturkritiker, interessierte Journalisten und die Fachpresse eine entscheidende Rolle. Doch um die Öffentlichkeit bei der gemeinsam zu gestaltenden und gestaltbaren Gegenwart einzubeziehen – mehr noch: diese aktiv in Entscheidungsprozesse zu involvieren – bedarf es zeitgemäßer Beteiligungsverfahren als Form der Baukulturvermittlung. Dank des Internets als Informations- und Kommunikationsmedium sind neue methodische Zugänge für Beteiligung in der Planung geschaffen worden. Insbesondere der Einsatz neuer interaktiver Medien und Social Media Technologien verspricht die Chance, ergebnisorientierte und offene Diskussionen über gesellschaftlich relevante Themen zu fördern sowie die Öffentlichkeit durch direkte Mitentscheidung aktiv in Gestaltungsprozesse einzubeziehen. Dieser Wandel ist ein wesentlicher Aspekt für die heutige Diskussion.

Baukultur braucht Beteiligung bei Infrastrukturprojekten *(z.B. auch Sedelhöfe?)*

Wie Bürgermeinungen Eingang in komplexe Planungsprozesse von Verkehrsprojekten finden können, ist Teil des Gespräches an Tisch 2 unter der Moderation von Ursula Ammermann (Stadtplanerin und Moderatorin, citycom, München). Infrastrukturprojekte stellen eine komplexe Planungsaufgabe dar, in der nicht nur interdisziplinäre Konzepte und Maßnahmen, sondern auch Bürgerbeteiligung auf breiter Basis als Garant für innovative Lösungsansätze gefragt sind. Aufgrund ihrer Dimension sowie möglicher weitreichender Konsequenzen für das Stadt- und Landschaftsbild bieten Verkehrsprojekte oftmals Anlass zu langjährigen Konflikten zwischen Bauausführenden und der Bevölkerung. Doch welche Handlungsmöglichkeiten haben Bürger, Verkehrsräume einer Stadt oder im regionalen Raum als Teil unserer Alltagskultur mit zu gestalten?

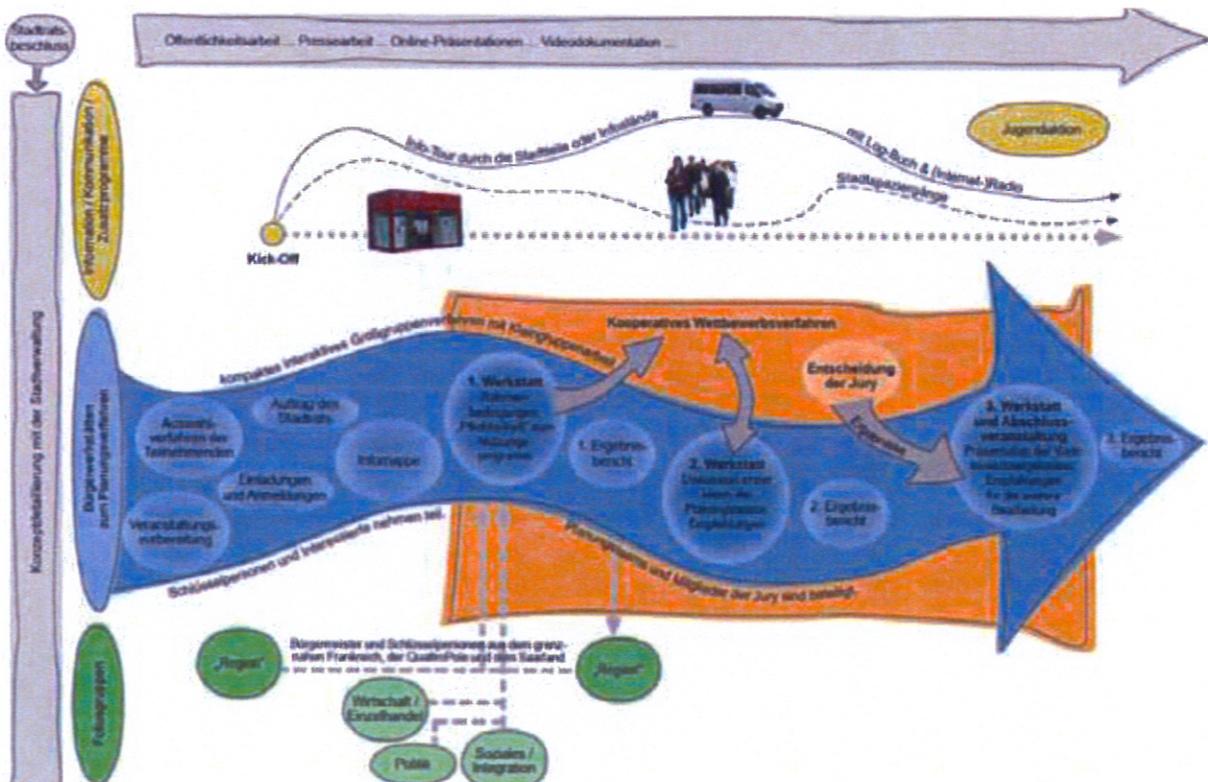
Wir wollen daher angemessene Beteiligungsverfahren und ihre Erfolgsfaktoren im Rahmen von Verkehrsinfrastrukturplanungen diskutieren, die Verantwortung und Nachfrage der Bürger, sich aktiv zu beteiligen, erörtern sowie Fragen, wie frühzeitig und transparent Bürger in Planungsprozesse eingebunden werden können, nicht unbeantwortet lassen.

Baukultur braucht Beteiligung in der Freiraumplanung

Die Notwendigkeit einer Beteiligung der Öffentlichkeit bei der Umsetzung von baukulturellen Qualitäten wird nirgendwo so unmittelbar erfahrbar wie in der Gestaltung unserer städtischen Freiräume und Kulturlandschaften im regionalen Raum. Sie regen als Treffpunkt und Marktplatz zu Geschäften an, als Grün- und Spielraum laden sie zum Verweilen oder zur Bewegung ein. Sie sind vielschichtige und wichtige Orte der Identifikation, der Begegnung, der Kommunikation und der Repräsentation. Der öffentliche Raum ist somit „Gemeinschaftsraum“, der unseren Alltag prägt und allen Bewohnern und Nutzern gehört. Um eine dem Gemeinwohl verpflichtende Planung durchzusetzen, bedarf es daher neben der Entwicklung von gesamtstädtischen Freiraumstrategien und der Notwendigkeit interdisziplinär besetzter Projektteams einen konstruktiven Dialog zwischen allen Beteiligten. Noch immer wird die Gestaltung von Freiräumen und Kulturlandschaften als Aufgabe von Regionalplanern, Landschaftsarchitekten, Stadtplanern und Architekten gesehen. Doch als Orte der Gemeinschaft, die allen Bewohnern und Nutzern gehören, muss ihre Akzeptanz und Aneignung von unterschiedlichen Gruppen mit der Erwartung an eine aktive Beteiligungskultur der Öffentlichkeit verbunden sein.

Wie kann eine stärkere Wertschätzung der Nutzer an die sie umgebenden Freiräume erreicht werden? Welche Qualitätskriterien und Methoden sind erforderlich, um möglichst viele Mitwirkende für ein partizipatives Verfahren an freiraumplanerischen Projekten zu gewinnen? Diese Fragen wollen wir an Tisch 4 unter der Moderation von Nicolette Baumeister (freie Publizistin und Architekturkritikerin, Büro Baumeister, München) diskutieren, wo wir uns über Ansätze und Grenzen öffentlicher Beteiligung in der Freiraumgestaltung austauschen werden.

Wie Bürgerbeteiligung in der Stadtgesellschaft umgesetzt werden kann, verdeutlicht nun Alexander Wetzig, Bürgermeister von Ulm, der über seine Erfahrungen am Beispiel „Ulm Neue Mitte“ und weiteren aktuellen Projekten in der Stadt berichten wird.



Beteiligungsverfahren „Stadtmitte am Fluss“, Saarbrücken, 2008

Das Beispiel Ulm

ALEXANDER WETZIG

Die neue Partizipationsgesellschaft erfordert weit mehr als die Bürgerbeteiligung gemäß Baugesetzbuch. Für eine funktionierende lokale Demokratie müssen Planer und Verwaltung die Bürgerschaft von Anfang an in den Planungs- und Kommunikationsprozess integrieren sowie den Dialog mit ihr „auf Augenhöhe“ und mit der Bereitschaft zur Veränderung führen.

Was waren das noch für Zeiten, meine Damen und Herren, die Zeiten nach dem Zweiten Weltkrieg.

Wiederaufbau, Stadtaufbau, Stadterweiterung, wo engagierte Planer sich darum kümmerten, schöne Häuser zu bauen, die Städte aufzubauen, sie zu erweitern – dies im Dialog mit kompetenten Verwaltungen und einem aufgeschlossenen Gemeinderat. Für manche waren das die glücklichen Zeiten. „Tempi passati“, meine Damen und Herren. Herzlich willkommen in Ulm und damit auch in einer neuen Zeit: Wir wissen, wovon wir sprechen. Die Zeiten sind vorbei, wo man den Menschen die Welt erklärte. Es wurden – nachdem im Baugesetzbuch entsprechende Regelungen Eingang gefunden haben, dass Bürger zu beteiligen sind – brav Pläne in den Gängen aufgehängt und anhand dieser den Bürgern erklärt, was man Schönes für sie vorhätte. Und alle wunderten sich, dass Bürger nach drei bis vier Jahrzehnten plötzlich sagten: Du löst Probleme, die ich gar nicht habe. Worauf hin dann die Planer beleidigt waren. Die Bürger ihrerseits waren beleidigt, weil die Planer und die Gemeinderäte nicht das getan hatten, was die Bürger wollten. Und Gemeinderäte waren beleidigt, weil sie sich fragten: Warum wurden wir eigentlich gewählt? Herzlich willkommen in unserer neuen Partizipationsgesellschaft. Und auch willkommen hier im Stadthaus Ulm, das ein lebendiges Beispiel für diese Veränderungen ist, um die es heute hier, aber auch insgesamt in unserer Welt der Planung geht. Das Stadthaus ist der Ort, von dem aus in Ulm alles begonnen hat. Nach hundertjährigen Planungen hatten wir einen letzten Wettbewerb für die Neugestaltung des Münsterplatzes durchgeführt. Wir waren von dem Entwurf von Richard Meier ganz begeistert und haben ihn den Menschen erklärt. Diese sagten: „Das können wir uns dort nicht vorstellen.“ Weil schon sieben Wettbewerbe durchgeführt worden waren, die nie zu einem Ergebnis geführt hatten, war man in der Bürgerschaft der Meinung, dass das eine Art Selbstbeschäftigung von Verwaltung und Gemeinderat wäre, die man nicht ernst nehmen müsste. Nachdem aber ein Gemeinderat über alle Parteigrenzen hinweg beschlossen hatte, Richard Meiers Entwurf zu bauen, ist man in der Stadt aufgewacht und dachte, jetzt wird es ernst. Es gab einen Bürgerentscheid mit mehr Stimmen gegen als für das Projekt, doch das erforderliche Quorum von 30 Prozent wurde ganz knapp verfehlt. Da passierte das Wunder von Ulm und das Wunder von lokaler Demokratie, denn der Gemeinderat sagte: „Spielregeln sind Spielregeln, wir bauen trotzdem.“ Das Stadthaus wurde also realisiert und jetzt könnte man meinen, dass aufgrund der heftigen Bewegungen der Bürgerschaft Politik und Verwaltung daraus gelernt hätten – dem war aber nicht so.

Paradigmenwechsel der Planungskultur

Ein paar Jahre darauf hatten wir ein großes Stadtentwicklungsprojekt, den Rückbau einer vierspurigen Straße quer durch die Altstadt, ein Projekt, das jahrzehntelang vorbereitet und zwischen Rat und Planern intensiv diskutiert worden war. In den Amtsstuben und Gängen wurden wieder Pläne aufgehängt, es gab sogar Informationsveranstaltungen. Aber der Gemeinderat hatte dieses Projekt verabschiedet, ohne es in einen Dialogprozess einzubringen. Das wäre aber notwendig gewesen, denn dieses Projekt hatte einen kompletten Umbau der Stadtmitte zum Ziel. Die Quittung kam auf dem Fuß. Sie wurde sofort mit einem erneuten Bürgerentscheid erteilt (1990): diesmal mit 85,9 Prozent Nein-Stimmen und einem

Quorum von über 50 Prozent. Dann erst haben wir gelernt: Man muss immer erst große Niederlagen erleiden. Diese Niederlage zu überwinden hat fünf Jahre gedauert. In einem daran anschließenden 13-jährigen Informations- und Planungsprozess und zum Schluss auch Bauprozess haben wir dieses Projekt schließlich umsetzen können, ohne Bürgerentscheid, ohne Rechtsstreit, von Anfang an als Planungsdialog organisiert. Ich habe damals (1995) gesagt, jetzt reden wir miteinander – und zwar über Ziele: Was wollen wir in dieser Stadt und was wollen wir mit dieser Straße? Wir haben darüber dreieinhalb Jahre lang mit allen in der Stadtgesellschaft geredet, auch mit den Architekten. Dann sagten die Bürger: „Jetzt schwätzt doch nicht so viel, macht doch endlich was.“ An dieser Stelle wusste ich dann: Jetzt habe ich sie. Jetzt sind sie soweit, dass wir dieses scheinbar verrückte Projekt, die einzige Straße, auf der man zügig durch die Stadt hindurch fahren konnte, wieder zurückbauen. Erst dann kam ein städtebaulicher Wettbewerb, über den intensiv in vielfältigen Beteiligungsverfahren diskutiert wurde. Noch in einer letzten juristischen Sekunde wurde der Bebauungsplan auf Grundlage des Wettbewerbes in der Sitzung des Gemeinderates aufgrund von Bürgerprotesten beim Satzungsbeschluss geändert. Dann ging es weiter, mit begleitenden Informationen und Dialogen während der Bauphasen.

Aus diesem Verfahren haben wir wesentliche Erkenntnisse gezogen und diese auch bei diversen anderen Projekten umgesetzt.

Die erste und entscheidende Grunderkenntnis für mich ist: Die Planung selbst ist ein Kommunikationsprozess. Das heißt, dass Sie zunächst keine Kommunikation über die Lösungen führen sollten. Sie müssen erst eine Zieldiskussion führen, bevor Sie über Lösungen streiten. Und über Lösungen muss man streiten – das ist der entscheidende Punkt.

Die zweite Erkenntnis: „Frühzeitige Bürgerbeteiligung“ ist zu spät, denn „frühzeitige Bürgerbeteiligung“ ist die Bürgerbeteiligung nach dem Baugesetzbuch. Wenn Sie, meine Damen und Herren, erst dann anfangen, wenn Sie im formalen Prozess sind, haben Sie schon verloren. Weil Sie über Ziele reden, müssen Sie bereits vor dem Beginn formaler Prozesse mit den Bürgern über das, worum es geht, sprechen – über die Inhalte. Ein ganz entscheidender Punkt: frühzeitiges Aufeinanderzugehen. Und dieses Aufeinanderzugehen ist der dritte Punkt, und zwar mit der Bereitschaft zur Veränderung. Das ist manchmal bitter: Wenn Sie einen ersten Preis im Wettbewerb haben, dieser wird anschließend zerpfückt und Sie finden keine Mehrheiten – was machen Sie denn dann? Auch da muss man Bereitschaft zur Veränderung zeigen. Es ist dann vielleicht nicht der erste Preis, der realisiert wird, aber man kann die Regeln des Wettbewerbswesens nutzen – so wie wir bei der Stadtbibliothek: Aufgrund eines intensiven öffentlichen Dialogs haben wir nicht den ersten, sondern den dritten Preis von Gottfried Böhm realisiert. Wenn wir den ersten Preis versucht hätten zu bauen, hätten wir uns wahrscheinlich einen weiteren Bürgerentscheid eingehandelt. Das nächste große Stadtentwicklungsprojekt ist der Citybahnhof Ulm, wo es nicht nur um einen neuen Bahnhof, sondern auch um ein neues Stadtquartier geht. Dieses Ziel verfolgen wir bereits seit drei Jahren. Das erste Teilprojekt, das wir realisiert haben, ist ein kleiner Informationspavillon auf dem Platz vor dem alten Bahnhof. Ein Ort der öffentlichen Auseinandersetzung, an dem wir über das Projekt informieren und zunächst mit der Bürgerschaft über die Ziele diskutieren. Man hat uns gesagt: „Spinnt ihr denn? Worüber wollt ihr informieren? Ihr habt doch noch gar keinen Plan?“ Uns ging es darum, dass sich dieser Ort im Bewusstsein der Menschen festsetzt, und dass wir an diesem Ort permanent darüber reden, ob und was wir wollen. Erst nach zweieinhalb Jahren haben wir einen städtebaulichen Ideenwettbewerb durchgeführt. Dessen Ergebnisse wurden gestern im Bauausschuss lediglich zustimmend zur Kenntnis genommen und als Grundlage für den Partizipationsprozess beschlossen. Nun gehen wir in einen intensiven Dialog mit vielen Foren, Informationsveranstaltungen usw., in denen wir uns mit diesen Vorschlägen auseinandersetzen und daraus ein Programm für die darauffolgenden Realisierungswettbewerbe entwickeln; an erster Stelle für den Bahnhof selbst.

Öffentliche Planung und Partizipation ist keine Harmonieveranstaltung, vielmehr muss sie kontrovers geführt werden. Und sie kostet Zeit und Geld, und sie ist auch zwingende Voraussetzung dafür, dass wir in unseren Städten weiterkommen. Nur über Partizipation gewinnen wir Sicherheit über die Ergebnisse und ihre Realisierung. Nicht über Rechtsverfahren. Und deswegen sind die Zeiten endgültig vorbei, in den sich die kompetenten Fachleuten mit den Politikern zusammengesetzt und gesagt haben: „So machen wir es.“ Die Bürgerschaft will sich heute einbringen. Und das ist gut so, denn nur so kann lokale Demokratie gelebt und gestaltet und zu einem Erfolg werden. Bei Don Carlos heißt es: „Die schönen Tage von Aranjuez sind vorbei“. Aber, meine Damen und Herren, die schönen Tage sind die, an denen wir gemeinsam unsere Städte und damit Baukultur in unserem Lande voranbringen.

„Partizipation muss von Anfang an und nicht erst anhand fertiger Pläne erfolgen.“

ALEXANDER WETZIG, ULM

Chancen und Grenzen von Bürgerbeteiligung im Planungsprozess

CHRISTIANE THALGOTT

Welche Aufgaben in der Stadt wichtig sind, ist keine Frage, die Architekten verantworten sollen, sondern die Bürger. Wichtig ist, dass Politik und Verwaltung diesen Souverän ernst nehmen. Für die Realisierung der lokalen Demokratie ist es daher notwendig, mit ihm in den Dialog zu treten.

Partizipation ist Dialogkultur

Ein unschöner, doch zur Zeit häufig zu hörender Satz ist: „Wir nehmen die Bürger mit“. Doch wer möchte schon mitgenommen werden, geht es doch im Wesentlichen darum, für die Realisierung der lokalen Demokratie mit der Öffentlichkeit in Dialog zu treten. Wichtig ist, dass Politik und Verwaltung den Souverän „Bürger“ ernst nehmen.

Welche Aufgaben in der Stadt wichtig sind – und das gilt sowohl für Themen, die das Bauen betreffen als auch für andere Themen der Stadtgesellschaft – ist nicht eine Frage, die von den Architekten, sondern von den Bürgern zu beantworten ist. Nur das ist Planungskultur: „(...) Vielmehr muss eine Legitimität besitzende Planungskultur aus anerkannten Normen abgeleitet, nachvollziehbar begründet und, um Geltung zu erlangen, in kommunikativen Prozessen von einer bestimmten Diskursgemeinschaft als Orientierungsrahmen anerkannt werden. Erst dann handelt es sich (...) um Planungskultur.“ Partizipation ist häufig das Ergebnis von Streit und Schock – weg vom obrigkeitlichen Entscheiden hin zum Dialog. Dabei geht es nicht darum, jemanden „mitzunehmen“, sondern gemeinsam mit den Bürgern Ziele zu erörtern, Verantwortung zu teilen sowie den gesellschaftlichen Mehrwert herauszufinden. Für eine erfolgreiche Dialogkultur ist daher folgendes zu beachten: „(...) Alle Beteiligten im Dialog sind gleichberechtigt. Der Dialog orientiert sich nicht an

Verwaltungsverfahren, sondern ist auf die fachübergreifende Lösung ausgerichtet. Ziel des Dialoges ist es, mit der Kraft der guten Argumente eine vernünftige und auf das Gemeinwohl ausgerichtete, Einzelinteressen überwindende Problemlösung zu finden, die von allen getragen wird. Ein solcher Dialog zwischen Politik, Verwaltung, Wirtschaft und Bürgerschaft kann einen wichtigen Beitrag zur Stärkung der lokalen Demokratie leisten. Der Kern der Verfahren besteht aus drei Elementen: einer von allen Beteiligten getragenen Tagesordnung, einer Teilnahme von bürgerschaftlichen Vertretern aus allen angesprochenen gesellschaftlichen Milieus, sowie aus Verfahren und Kommunikationsformen, die den spezifischen Bedürfnissen und Lebensstilen der Milieus angepasst und für alle nachvollziehbar sind“.²

Wir haben eine repräsentative Demokratie, d.h. alle Dialoge und Diskussionen mit den Bürgern müssen am Ende wieder bestätigt werden. Dass dieses Dialogverfahren eine Daueraufgabe ist, die Geduld braucht, ist dabei zu berücksichtigen.

Partizipation ist Respekt vor Unterschiedlichkeiten Partizipation setzt Respekt vor der Unterschiedlichkeit der Menschen voraus. Damit tun wir Bildungsbürger uns ausgesprochen schwer, glauben wir doch, die Weisheit mit Löffeln gefressen zu haben. Vielmehr geht es darum, die Sprachfähigkeit und die unterschiedlichen Interessen zu bedenken sowie eigene Vorurteile zu korrigieren.

Städte und Stadtgesellschaften sind unterschiedlich. Städte und Stadtgesellschaften sind historisch konstituiert und verändern sich stetig. Vor 120 Jahren wurden für die Errichtung des Freihafens in Hamburg 25.000 Menschen ohne Protest abgesiedelt. Heute hingegen gibt es im Gängeviertel lauten Protest um wenige Häuser. In Stuttgart hat vor einigen Jahren eine 9. Klasse ihr Traumbild der Stadt im Jahr 2030 gefilmt. Sie haben aus vielen Quellen Bilder für ihre Vision zusammengestellt und daraus einen eindrucksvollen Film gemacht, den sie dem Stadtrat vorführen durften. Dieser war jedoch entsetzt: „Diese Zukunft wollen wir nicht“. Damit war dieser Dialogprozess abgewürgt und gleichzeitig das Vertrauen der jungen Leute in die Politik.

Ästhetische Urteile

Auch Schönheit wird in Städten sehr unterschiedlich bewertet. Während in München jeder das schönste Haus haben möchte, gilt Schönheit in Kassel eher als aufwändiger Luxus. In der Auffassung von Ästhetik gibt es kein richtig oder falsch. Der Dialog geht um die Anerkennung der Normen und Erfahrungen anderer. Bestes Beispiel dafür ist die Gründerzeitbebauung, die in ihrer Entstehungszeit und in den Jahrzehnten danach von Fachleuten und Bürgern sowohl ästhetisch als auch sozial als ungesund und unerträglich empfunden wurde. Noch Anfang der 60er Jahre des 20. Jahrhunderts wurde ihr Abriss gefordert, bevor ihre Schönheit und alltägliche Brauchbarkeit entdeckt wurde und die Gründerzeitblocks gar als städtebauliches Idealbild gesetzt wurden. Die nächste Generation mag die heute viel gescholtene Moderne als Vorbild von städtebaulichen Qualitäten sehen.

Irrtum und Wandel

Irrtum in der Gestaltung ist möglich und kann korrigiert werden. Der Straßendurchbruch, der in Ulm vor sechzig Jahren als richtig empfunden wurde, erfährt heute eine andere Bewertung und ist inzwischen durch Neubauten korrigiert. Dabei geht es nicht um Recht oder Unrecht, sondern um unterschiedliche Beurteilungen aus ihrer Zeit. Auch Architekten, die häufig besserwisserische Geschmacksdiktatoren sind, können irren und gestehen ungerne Fehleinschätzungen. Da sie gleich Lösungen und nicht Ziele im Kopf haben, sind sie in der Regel für Dialogprozesse und Partizipation ungeeignet. Daher werden Mediatoren gebraucht, die vermitteln und nicht Eigeninteressen durchsetzen.

Wichtige Beteiligungsverfahren

Wir kennen für unterschiedliche Aufgaben und Zielgruppen unterschiedliche Beteiligungsverfahren. Wir sollten immer sehr genau prüfen, welches Verfahren richtig und angemessen ist. Fünf sehr unterschiedliche möchte ich nennen:

- 1. Dialogverfahren auf Basis von modernen Governancestrukturen, in denen anhand von Milieuanalysen mit der städtischen Gesellschaft der Diskurs über die Ziele geführt wird.**
- 2. Im Planungsbereich open-source Verfahren, in denen sich jeder zu bestimmten Fragen der Stadtentwicklung oder zu Problemen in einzelnen Vierteln äußern kann.**
- 3. Beratungsgremien wie das Stadtforum oder Stadtgestaltungskommissionen, in denen Einzelfragen und -projekte erörtert werden und der Dialog mit den politischen Gremien und der Öffentlichkeit gegeben ist.**
- 4. Die gesetzlichen Verfahren der Beteiligung.**
- 5. Bürgerbegehren. Letztere mögen ein Notausstieg sein, können aber auch in Städten ganz gezielt angesetzt werden, wenn partielle „Egoismen“ für das Gemeinwohl überstimmt werden sollen.**

Fazit

Beteiligung braucht Zeit, personelle Kapazitäten und kostet Geld. Dennoch gilt: Keine Beteiligung – aus Gründen der Politikmüdigkeit und des mangelnden Engagements – ist wesentlich teurer als jede Partizipation. Die Menschen wollen nicht „mitgenommen“ werden. Stattdessen muss mit jedem, der dazu bereit ist, über die Ziele in der Stadt im Dialog gesprochen werden.

1 und 2 vhw – Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung e.V.:
Arbeitspapier Städtenetzwerk, Berlin, 2011

„Es geht darum, Konsens zu suchen und nicht darum, dass einer Recht hat. Und es geht um die Lösung von Sachproblemen und nicht darum, Pläne zu realisieren.“

CHRISTIANE THALGOTT, ehemalige Stadtbaurätin, München

ZITATE VON BM WETZIG

1. „Herzlich willkommen in unserer neuen Partizipationsgesellschaft“

2. „Für eine funktionierende lokale Demokratie müssen Planer und Verwaltung die Bürgerschaft von Anfang an in den Planungs- und Kommunikationsprozess integrieren sowie den Dialog mit ihr „auf Augenhöhe“ und mit der Bereitschaft zur Veränderung führen.“

3. „Wir sind alle Fachleute: Wir, die Planer in der Planung, sowie die Bürger in ihren Bedürfnissen und ihren Vorstellungen von Stadt. Dann kann man auch auf Augenhöhe kommunizieren und darauf kommt es an! Dialog von Anfang an und Bereitschaft zur Veränderung“

4. „Die erste und entscheidende Grunderkenntnis für mich ist: Die Planung selbst ist ein Kommunikationsprozess. Das heißt, dass Sie zunächst keine Kommunikation über die Lösungen führen sollten. Sie müssen erst eine Zieldiskussion führen, bevor Sie über Lösungen streiten. Und über Lösungen muss man streiten – das ist der entscheidende Punkt.

Die zweite Erkenntnis: „Frühzeitige Bürgerbeteiligung“ ist zu spät, denn „frühzeitige Bürgerbeteiligung“ ist die Bürgerbeteiligung nach dem Baugesetzbuch. Wenn Sie, meine Damen und Herren, erst dann anfangen, wenn Sie im formalen Prozess sind, haben Sie schon verloren. Weil Sie über Ziele reden, müssen Sie bereits vor dem Beginn formaler Prozesse mit den Bürgern über das, worum es geht, sprechen – über die Inhalte. Ein ganz entscheidender Punkt: frühzeitiges Aufeinanderzugehen. Und dieses Aufeinanderzugehen ist der dritte Punkt, und zwar mit der Bereitschaft zur Veränderung.“

5. „Öffentliche Planung und Partizipation ist keine Harmonieveranstaltung, vielmehr muss sie kontrovers geführt werden. Und sie kostet Zeit und Geld, und sie ist auch zwingende Voraussetzung dafür, dass wir in unseren Städten weiterkommen. Nur über Partizipation gewinnen wir Sicherheit über die Ergebnisse und ihre Realisierung. Nicht über Rechtsverfahren.“

6. „Und deswegen sind die Zeiten endgültig vorbei, in den sich die kompetenten Fachleuten mit den Politikern zusammengesetzt und gesagt haben: „So machen wir es.“ Die Bürgerschaft will sich heute einbringen. Und das ist gut so, denn nur so kann lokale Demokratie gelebt und gestaltet und zu einem Erfolg werden.“

FRAGEN DAZU, DIE ER BEANTWORTEN SOLLTE:

Gelten diese Aussagen lediglich für die erwähnten Großprojekte?

Warum wurden Mitte 2011 die anderen anstehenden Großprojekte wie Sedelhöfe und Umbau Dichterviertel nicht erwähnt? Wo bleibt hier die Bürgerbeteiligung?

Wie sollte Bürgerbeteiligung auch funktionieren, wenn über Projekte wie Sedelhöfe in nichtöffentlicher Sitzung beschlossen; der Gemeinderat auch ein halbes Jahr später noch keine Kenntnis von den unter Verschluss gehaltenen Vertragsinhalten hat und der Verdacht auch aus diesem Gremium laut wird, dass der Investor bestimmt, was letztlich wie gebaut wird?

Kann bei allen anderen -mehr oder weniger großen- Bauvorhaben (Marchtaler Straße, Bethesda-Areal, Türmle, Merzig- u. Mettlachweg, Clarissenstraße, Kuhberg usw.) die „lokale Demokratie“ vor die Hunde gehen, weil dort kein Konsens gesucht wurde bzw. wird?

Wo wurde bei den o.g. Bauvorhaben das „frühzeitige Aufeinanderzugehen“ praktiziert, wo wurde Bereitschaft zu -maßgeblichen- Veränderungen gezeigt? Wurde dort die geforderte Zieldiskussion geführt oder wurden fix und fertige Pläne präsentiert, an denen nur noch marginale Änderungen möglich waren?

Wenn Partizipation als Garant für Rechts- und Realisierungssicherheit angesehen wird, warum gibt es dann gerade jetzt drei Verfahren, in denen Bürger mit hohem Kostenaufwand ihr Recht suchen? Sicherlich, weil eben keine Partizipation stattgefunden hat! Die Verwaltung geht davon aus, dass der Bürger den teuren Klageweg scheut („wo kein Kläger, ist auch kein Richter“) und setzt bewusst rechtsfehlerhafte Bebauungspläne um.

Und schließlich: Der den vereinigten Bürgerinitiativen geforderte „Dialog auf Augenhöhe“ hat zu keinem Zeitpunkt stattgefunden und ist nichts weiter als eine Floskel aus Fensterreden. Augenhöhe drückt sich nicht darin aus, dass der Dialog verweigert wird, dass Anfragen unbeantwortet bleiben und dass sich sogar die gewählten Vertreter einem Dialog systematisch entziehen.

Workshop 4:
**Neue Qualitäten gestalten - Bürgerbeteiligung und
Architektenwettbewerbe?**

Thesenpapier von Alexander Wetzig

**Verantwortung
gestalten.**

**Deutscher
Architektentag
2011**

10 Thesen :

1

Dem tiefgreifenden Wandel im Bewusstsein von Bürgerschaft und Stadtgesellschaft und daraus resultierendem veränderten Rollenverständnis der lokalen Akteure im Planen und Bauen muss Rechnung getragen werden.

2

Traditionelle Verfahrensmuster und eingeübte Teilnehmungsformen von Öffentlichkeit im Planungsprozess scheitern an neuen Ansprüchen auf Partizipation und Mitgestaltung.

3

Notwendig ist eine grundlegende Neuorientierung des öffentlichen Planungsprozesses: Anstatt Planung zu kommunizieren muss Planung selbst als Kommunikationsprozess verstanden und organisiert werden.

4

Baukultur im 21. Jahrhundert ist deshalb auch Dialogkultur. Partizipation als Grundkategorie moderner Stadtgesellschaften verlangt gegenseitigen Respekt, Veränderungsbereitschaft und Kommunikation auf Augenhöhe.

5

Der Kommunikationsprozess in der Planung erfordert Transparenz und Offenheit, Informalität und zeitliche Integration von Anfang an: Der öffentliche Diskurs von Aufgabe und Programm muss der Erörterung von Entwurfslösungen vorausgehen – Zieldiskussion vor Lösungsstreit!

6

Planung heute ist jedoch konfrontiert mit dem gravierenden Dilemma aus den Ansprüchen der modernen Bürgergesellschaft einerseits und den formalen Regeln von Wettbewerbsverfahren und verschärften öffentlichen Vergaberechtsvorschriften andererseits. Die dort formulierten Prinzipien von Nichtöffentlichkeit, Formalität und ausschließlicher Orientierung an Sachkriterien stehen im Grundwiderspruch zum politischen Charakter einer Planungskommunikation als öffentlicher Dialogprozess.

7

Der Planungswettbewerb als entscheidende Grundvoraussetzung von Baukultur muss in der neuen Dialogkultur gestärkt und weiterentwickelt werden. Das Auftragsversprechen zwischen Bauherr und Planer als Kernelement des Wettbewerbs darf aber nicht den ermessensbasierten Ergebnissen politischer Aushandlungsprozesse im Bürgerdiskurs unterworfen werden.

8

Die Auflösung des Dilemmas zwischen Partizipationsanspruch und Vergabe- bzw. Wettbewerbsrecht ist nur in veränderter Prozessorganisation der Planung möglich: Danach sind Wettbewerb und Vergabeentscheidung Glieder in einer komplexen öffentlichen Kommunikationsprozesskette, die in ihre wesentlichen Elemente zerlegt und im

Wechselspiel zwischen formell-informellen und öffentlich-nichtöffentlichen Schritten entwickelt werden.

9

Entscheidende Voraussetzung für die erfolgreiche Integration von Wettbewerb und Vergabe in den öffentlichen Planungsdialog sind zwei Faktoren: 1. Die öffentliche und transparente Erörterung von Aufgabe, Programm und Entscheidungskriterien im Vorfeld und zu Beginn der Verfahren. 2. Die Flexibilisierung und Individualisierung des Wettbewerbsverfahrens selbst. Das Wettbewerbsrecht bietet dazu alle Möglichkeiten, beispielsweise eines schrittweisen Vorgehens, mehrstufiger und/oder kooperativer und öffentlicher Verfahren wie auch der Öffnung von Gremien. Man muss die vorhandenen Möglichkeiten nur nutzen!

10

Planung im öffentlichen Kommunikationsprozess verlangt erhöhten zeitlichen und finanziellen Aufwand. Bei richtiger Praxis erzielt sie jedoch mehr Planungssicherheit und sie eröffnet Chancen, zu qualitativolleren Ergebnissen zu gelangen.

Die Partizipation von Bürgern im lokalen Planungs- und Baugeschehen ist heute ein unverzichtbares Element zur Stärkung kommunalpolitischer Selbstverantwortung und stadtgesellschaftlicher Identifikation. Es gibt kein Zurück!

Dipl.-Ing. Alexander Wetzig,
Baubürgermeister der Stadt Ulm

[REDACTED]

Von: [REDACTED]
Gesendet: Sonntag, 24. November 2013 19:13
An: Bürgerservice Bauen (Stadt Ulm)
Betreff: Nachtrag zu meinem Einwenderschreiben / "Beteiligungsschreiben"
Bebauungsplanverfahren "Sedelhöfe"
Anlagen: Antrag der Grünen-Fraktion Ulm zu Sedelhöfe_27.08.2013.pdf; Antrag der CDU
Ulm zu Sedelhöfe_25.7.2013.pdf; Antrag der FWG-Ulm zu Y-Zugang Sedelhöfe_
15.08.2013.pdf; Antrag der Grünen-Fraktion Ulm zu Sedelhöfe_27.08.2013.pdf;
Antrag von FDP-Fraktion zu Sedelhöfe_02.09.2013.pdf; Artikel zur SPD-Kritik an
Sedelhöfe_18.08.2013.pdf

Wichtigkeit: Hoch

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich habe bei Ihnen fristgerecht ein Schreiben zum oben genannten Bebauungsplanverfahren eingereicht und im Nachhinein ist mir nun aufgefallen, dass ich in den Sitzungsunterlagen auch mehrere Anträge und Kritikpunkte von Fraktionen dazu nicht finden konnte.

Hiermit bitte ich Sie, auch diese Anträge / Kritikpunkte noch mit aufzunehmen, da darin wichtige Vorschläge und Anregungen beinhaltet sind, die diskutiert gehören.

Bitte bestätigen Sie mir den Erhalt dieser Anlagen und dass diese noch in das Bebauungsplanverfahren mit aufgenommen werden.

Vorab besten Dank

Mit freundlichen Grüßen

[REDACTED]

Telefon: [REDACTED]
Mobil: [REDACTED]

CDU-Fraktion Ulm

Besuchen Sie uns auf <http://www.cdu-fraktion-ulm.de>

DRUCK STARTEN

Presse

25.07.2013, 12:13 Uhr

Übersicht | Drucken

Citybahnhof/Sedelhöfe

Pressemitteilung

Der Gemeinderat hat mit Stimmen der CDU Fraktion ein zukunftsweisendes Verkehrskonzept am Bahnhof auf den Weg gebracht. Dies ist ein erster Schritt in Richtung Realisierungswettbewerb, der ebenfalls im Juli ausgeschrieben wurde und dessen erstes Ergebnis die Platzgestaltung und die darunter liegende Tiefgarage sein wird.

Warum die Entscheidung nur lauten konnte, 4 Fahrspuren auf der Friedrich-Ebert-Straße am Bahnhof beizubehalten, kann jeder derzeit selbst erfahren, wenn er durch die zur Zeit stattfindenden Bauarbeiten „in den Genuss“ kommt, die ganz erheblichen Behinderungen, die sich bis in den Zinglerberg hinauf auswirken, zu erleben.

Welche Verkehrsbehinderungen und Staus in der Friedrich-Ebert-Straße am Bahnhof dauerhaft auftreten würden, wenn die Stadtverwaltung die Pläne der Grünen zur Einspurigkeit umsetzen würde, können die Ulmer aktuell an dieser Stelle sehr anschaulich erleben. Die derzeitigen Behinderungen sind vorübergehend und zeitlich begrenzt. Ein Rückbau auf eine Fahrspur würde zu einer ständigen Dauerbelastung führen.

Deshalb:

Machen Sie sich von der jetzigen Situation ein Bild und unterstützen Sie uns bei der Beibehaltung von zwei Fahrspuren in jede Fahrtrichtung.

Ulm als Oberzentrum mit dem ICE-Bahnhof mit täglich ca. 50.000 Fahrgästen, überregionalem Bus-Bahnhof und Verkehrsdrehscheibe für eine große Region mit weiteren wichtigen zentralen Aufgaben, muss für alle gut erreichbar sein.

Diese Maxime hat uns auch bei der Beratung im Fachbereichsausschuss zum Aufstellungsbeschluss der Satzung über die Sedelhöfe geleitet. Wir haben bewusst darauf hingewirkt, dass keine endgültigen Festlegungen in der Satzung getroffen worden sind. Vielmehr hat die Verwaltung die Prüfung der diskutierten Alternativen zugesagt. Deren Prüfung steht noch aus. Wir haben daher zudem die Verwaltung um Prüfung der nachfolgenden Punkte gebeten. (Antrag anbei):

- Kein Verkauf des Kopfgrundstückes "City Tor " bei ggf. Einräumung von Überbaurechten
- Verschiebung des Kopfgrundstückes Richtung Bahnhofsgasse und Erweiterung des Platzes zwischen Kopfgrundstück und Brückenkopfgrundstück (1) ggf. Öffnung des Citytors durch Verschiebung der Bebauung nach Norden. (1)
- Simulationen der Besucherströme in dieser Alternative sowie Gutachtens Einholung.
- Öffnung und Abrundung des Kopfgrundstückes ovalförmig Richtung Bahnhofstraße (2)
- Erschließung und Andienung der oberen Bahnhofstraße
- Bündelung der Querung auf Ebene null (ÖPNV) und Ebene -1 durch gleichermaßen gute Anbindung, optionale Verbindung zwischen -1 und 0 durch Rampe statt Rolltreppe
- Erarbeitung eines Plan B im Wege der sog. „two step“ Lösung, Einschluss Bahnhofsplatz 7 ins Sanierungsgebiet . Diesbezüglich verweisen wir auf unseren Antrag vom Mai 2013 und bitten um Mitteilung ggf. bereits vorliegender Ergebnisse.

Wir haben die Verwaltung weiter gebeten, Verhandlungen mit dem Investor aufzunehmen, damit die oben dargestellten städtebaulichen Ziele einvernehmlich umgesetzt werden.

Nichts halten wir von der „Ruinenpolitik“ der GRÜNEN, die mit IHREM kategorischen Nein zu einem Satzungsbeschluss, der noch nicht einmal formuliert ist, die Sedelhöfe insgesamt in Frage stellen und sie sehenden Auges in einen abgeräumten Hinterhof steuern. Ulm kann sich kein Ruinenfeld an den Sedelhöfen leisten. Alle Beteiligten müssen sich im Zeitplan um die bestmögliche Umsetzung der vorliegenden Pläne bemühen.

Antrag Sedelhöfe

Ältere Artikel finden Sie im Archiv.



FWG
Freie Wähler Gemeinschaft Ulm

Schrift: A A A

[Kontakt](#) | [Impressum](#)

sehen Sie hier, die wichtigsten Themen.

die die FWG -Rathausfraktion in den nächsten Jahren bewegen will

[FWG-Blog](#) | [Fraktion](#) | [Statements](#) | [Wählergruppen](#) | [Links](#) | [Extras](#)

Die aktuelle Woche

- [Alle Kategorien](#)
- [Presse](#)
- [Entscheidungen](#)
- [Anträge und Anfragen](#)
- [In eigener Sache](#)
- [Redebeiträge](#)
- [Offene Briefe](#)

"Für einen gleichberechtigten Zugang zu den Sedelhöfen und zur Bahnhofstraße!"

15.08.2013

Dafür macht sich die FWG-Fraktion in einem konkreten Vorschlag, der sogenannten "Y-Lösung" stark. Auf einer Pressekonferenz stellte die FWG diesen für alle befriedigenden Vorschlag der Öffentlichkeit vor. In einem Antrag an den OB fordert die FWG eine schnelle Prüfung einer Realisierbarkeit der "Y-Lösung". Lesen Sie hier den Antrag

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister!

Mit dem Aufstellungsbeschluss des Bebauungsplanes „Sedelhöfe“ am 25. Juni 2013 steht das Projekt in der konkreten öffentlichen Diskussion. Hauptthema ist dabei, sowohl von der IHK, den Händlern und der City-Marketing, der Zugang von der Unterführung Bahnhof in die Innenstadt. Auch wir, die FWG-Fraktion, haben bereits bei der Beratung des Grundsatzbeschlusses „Sedelhöfe“ am 25. April 2012 das Nutzungskonzept befürwortet, jedoch auf einen gleichberechtigten Zugang zwischen „Sedelhöfe“ und Bahnhofstraße hingewiesen. Diese Forderung stand auch in unserer Stellungnahme im Fachbereichsausschuss am 25. Juni 2013 im Mittelpunkt. Dass dies keine leichte Aufgabe ist, ist auch uns bewusst.



Nach langen intensiven Überlegungen bitten wir die Verwaltung, folgenden Vorschlag zu überprüfen:
Aufteilung der bestehenden Fußgängerunterführung auf Ebene -1 im Bereich Aufgang zu den Staßenbahngleisen in 2 Richtungen.

1. Richtung Sedelhöfe
2. Richtung Bahnhofstraße / Innenstadt

Auf Ebene -1 führt eine neue Passage rechts ab in Richtung Bahnhofstr, welche südlich der Hauses Bahnhofplatz 7 mit Treppen und/oder Rollband nach oben kommt.
Dafür muss die Bahnhofstr in diesem Bereich verschmälert werden, was aber möglich ist, da dieser obere Teil nur als Anliegerstraße dient. Der Fußgänger kann sich bereits in der Unterführung entscheiden, welchen Weg er in die Innenstadt nimmt (Y -Lösung).
Damit sind beide Bereiche gleichberechtigt behandelt.
Die entstehenden Mehrkosten sollten bei einem Gesamtprojekt „Sedelhöfe“ nicht im Vordergrund stehen. Auch tritt die Eigentumsfrage („Tafelsilber“) in den Hintergrund. Die bestehenden Läden in der Unterführung können im gleichen Bereich ersetzt werden.

Wir bitten die Verwaltung diesen Vorschlag eingehend zu prüfen.

FWG Fraktionsgemeinschaft

Herrn OB Gönner (Rathaus, per E-Mail)

Öffnungszeiten:

Mo. - Fr. 8:00-12:00 Uhr
und nach Vereinbarung
gruene-fraktion@ulm.de
www.gruene-fraktion-ulm.de

Ulm, 27. 8. 2013

Sedelhöfe: Die Verwaltung redet nicht mit dem Gemeinderat!!!

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Gönner,

einer der Punkte bei den Sedelhöfen, die kontrovers diskutiert werden und die im Verlauf des weiteren Bebauungsplanverfahrens geklärt werden müssen, bezieht sich auf den Verkauf der bis jetzt öffentlichen Flächen auf Ebene 0 und -1 im Zugangsbereich zur Unterführung von der Bahnhofstraße kommend. Unser Ziel muss sein: Klärung der Verkehrsführung in der Friedrich-Ebert-Straße, ebenerdige Querung dieser Straße in die Ulmer Innenstadt hinein, eine zusammenhängende, großzügige, der Bedeutung dieses Bereichs gerecht werdende Verbindung vom Ulmer Bahnhof zum Ulmer Münster. Dafür sollten wir uns an der Weitsicht der Münsterbaumeister anlehnen und eine langfristige Lösung, unter Einbeziehung des Gebäudes Bahnhofplatz 7, entwickeln.

Beim Aufstellungsbeschluss der Sedelhöfe vom 25.06.2013 ist der Umgriff des Bebauungsplanes Sedelhöfe bis an die Bahnhofstraße, also inklusive des Zugangsbereichs in der Bahnhofstrasse zur Unterführung und den Rolltreppen, dargestellt. Dieser gesamte Zugangsbereich zur Unterführung ist mit einem „Gerecht zugunsten der Allgemeinheit im EG“ belegt, von einem Nutzungsrecht zugunsten der Stadt Ulm ist keine Rede.

Auf unsere Frage, was passiere, wenn die Möglichkeit bestehe, einen anderen (größzügigeren) Zugang in einem Step 2 zu verwirklichen und die Flächen der Stadt Ulm nicht mehr gehören, erhielten wir die Antwort, dass der Step 2 möglich sei. Geregelt werden müsse dies in einem liegenschaftlichen Vertrag, den es noch gar nicht gäbe (siehe Protokoll vom 25.06.13, § 196 Rahmenplan „Sedelhofquartier“ S. 4). Dieser könne erst nach dem Satzungsbeschluss verhandelt werden.

Dieser Sachverhalt gehört JETZT geklärt. Der Gemeinderat entscheidet über den Bebauungsplan, deshalb müssen wichtige und zentrale Fragen geklärt sein, bevor er entscheiden kann. Wie äußerte sich Herr Wetzig, Baubürgermeister in Ulm, in dem Buch „Wir bauen Deutschland“: „Der öffentliche Raum ist für mich die zentrale Kategorie einer Stadt. Seine Bedeutung kann gar nicht hoch genug eingeschätzt werden. Daraus resultiert, dass der öffentliche Raum permanent gegen Reprivatisierung und private Nutzungsansprüche verteidigt werden muss – egal in welcher Form und an welcher Stelle.“ Das werden wir tun.

Wir erwarten deshalb klare und eindeutige Antworten auf folgende Fragen, und zwar VOR dem nächsten Schritt im Bebauungsplanverfahren.

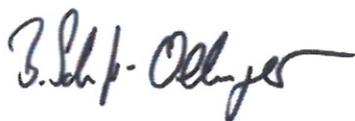
Wir beantragen deshalb, folgende Fragen vor dem Auslegungsbeschluss zu beantworten:

1. Soll der Zugangsbereich in der Bahnhofstraße zur Unterführung und den Rolltreppen an den Investor MAB verkauft werden? Wenn ja, welche Flächen, nur die Flächen auf Ebene 0 oder auch die auf Ebene -1?
2. Enthält der Vertrag mit MAB Regelungen hierzu und wenn ja, welche?
3. Welche rechtlichen Konsequenzen hat der Verkauf der Flächen an MAB bezüglich der künftigen Nutzung und welche Konsequenzen hätte dies bezüglich einer Weiterentwicklung in diesem Bereich, sprich welche rechtlichen Konsequenzen kamen bei einer baulichen Veränderung zum Tragen? Welche Gestaltungsmöglichkeiten verblieben bei der Stadt?
4. Welche rechtlichen Konsequenzen hätte es, wenn die Stadt Ulm die Flächen nicht an den privaten Investor verkauft?
5. Haben sich diesbezüglich neue Verhandlungsergebnisse mit der MAB in den letzten Wochen ergeben, die uns, dem Gemeinderat, noch nicht vorliegen?

Viele ungeklärte Fragen, verhärtete Fronten, das alles ließe sich vermeiden, wenn die Verwaltung endlich mit dem Gemeinderat und der Öffentlichkeit reden würde und allen klar und deutlich den Sachverhalt darlegen würde. Ohne Klärung der anstehenden Fragen, ohne belastbare Aussagen von Seiten der Verwaltung und der MAB wird die **GRÜNE** Fraktion nicht die Hand heben, um die Pläne durchzuwinken.

Mit freundlichen Grüßen

die **GRÜNE** Fraktion Ulm



(B. Schäfer-Oelmayer)



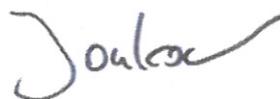
(R. Böker)



(A. Weinreich)



(S. Räkel-Rehner)



(M. Joukov)



(U. Lambrecht)



(K. Kontzinos)

Anträge

Sedelhöfe

Erstellt: 02. September 2013

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

In den letzten Wochen hat es verstärkt Diskussionen um den Bebauungsplan Sedelhöfe gegeben. Um hier nicht im luftleeren Raum zu argumentieren, beantragen wir, dass in der nächsten Fachbereichsausschusssitzung



am 1. Oktober d.J. die Verwaltung die vertragsrechtlichen Konsequenzen der von verschiedener Seite vorgebrachten Einwendungen und Änderungswünschen in nicht-öffentlicher Sitzung erläutert. Dabei sollte den Mitgliedern des Ausschusses Einblick in das bestehende Vertragswerk gewährt werden.

Wir sind der Meinung, dass es unbedingt vermieden werden muss, dass die Stadt mit dem Vorwurf eines Vertragsbruchs konfrontiert wird.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Bruno Waidmann, Vorsitzender

Rose Goller-Nieberle, Stellv. Vorsitzende

Frank Wischmann, Stellv. Vorsitzender

Veröffentlichung:

- Südwest Presse, 05.09.2013. FDP will Verträge sehen (nicht online)

URL: <http://www.swp.de/2159184>

Autor: HANS-ULI THIERER, 18.08.2013

Sedelhöfe

Auch SPD übt Kritik an Sedelhöfe-Plänen

ULM: Kritik an Details, aber auch die Warnung, das Gesamtprojekt durch allzu viele Nörgeleien in Frage zu stellen: Die Ulmer SPD-Fraktion sieht Korrekturbedarf, ohne die Sedelhöfe ins Wanken bringen zu wollen.



Luftaufnahme der Baustelle am Bahnhofplatz. Fotograf: Siegfried Geyer

Einzelhandelsplatz Ulm/Neu-Ulm in Bewegung: Während diese Woche in Neu-Ulm Möbel Mahler eröffnet und die Vorbereitungen für die Glacis-Galerie voranschreiten, ist in Ulm das Baugelände für die Sedelhof-Galerie zum größeren Teil abgeräumt; nur die Abrissgebäude an der Friedrich-Ebert-Straße stehen noch. Derweil hat

sich in den Ferien an der politischen Front die Kritik an Vorgehensweisen der Stadtverwaltung und an Einzelheiten der Planung für das Einkaufs- und Wohnquartier, das der Investor MAB parallel zur Fußgängerzone Bahnhofstraße realisieren möchte, so aufgestapelt, dass sie inzwischen ein kleines Hochregallager füllt.

Fristgerecht zum heutigen Urteilsende des Oberbürgermeisters Ivo Gönner hat sich auch dessen Hausmacht, die SPD, zu Wort gemeldet – keinesfalls nur mit Beifall und rückendeckenden Worten. Zwar betont die Fraktion durch ihre Chefin Dorothee Kühne und die Vizes Katja Adler und Martin Rivoir, sie halte die grundlegende Sedelhöfe-Planung für einen großen Wurf, der nicht durch Kleinmut in Frage gestellt werden dürfe. Auch stehe man zur Realisierung durch den Investor MAB, der sich bekanntlich zurückzieht aus der Entwicklung solcher Projekte und selber abgewickelt wird. Dennoch sieht auch die SPD Anlass für Korrekturen und Kritik.

Zugänglichkeiten: Die Fraktion hält den Zugang von der Bahnhofstraße zur Bahnhofspassage (und umgekehrt) für unzureichend. Ähnlich wie die CDU kritisiert die SPD die Platzverhältnisse im Bereich der heutigen McDonald's-Filiale und des Berblinger-Denkmal als zu eng und unübersichtlich. Es seien keine hinreichenden Blickbeziehungen zur Bahnhofstraße und zum Bahnhofsgebäude gegeben. Diese sollten, so das SPD-Trio, durch ein „großzügiges Sichtfenster im Zugangsbereich zur Bahnhofsunterführung“ geschaffen werden. Und: „Treppe und Rolltreppen sollen Richtung Bahnhofstraße zeigen.“

Kein unterirdisches Y: Nichts hält die SPD von der durch die FWG ins Spiel gebrachten Y-Lösung, nämlich die Fußgängerströme vom Bahnhof her in der Unterführung y-förmig aufzuteilen Richtung Bahnhofstraße und Sedelhöfe. Rivoir: „Wir sind nicht für X, Y oder Z.“ Sondern dafür, so Kühne, „dass die Leute so rasch wie möglich einen offenen, lichten Platz erreichen“.

Fassadengestaltung: An der Friedrich-Ebert-Straße schwebt der SPD eine Bebauung mit breiten Arkaden vor. Höchste Priorität habe die architektonische Gestaltung der Fassaden zum Bahnhofsplatz hin.

Zwei Fußgängerfurten: Anders als Handel und IHK ist die SPD gegen nur einen Fußgängerüberweg inmitten der Friedrich-Ebert-Straße, sondern wie die Verwaltung für deren zwei – am Anfang und Ende der Straßenbahnhaltestelle. Passanten, die die nördliche Überquerung nutzten, landeten in den Sedelhöfen, wer den Überweg im Süden nehme, komme in die Bahnhofstraße.

Andienung: Sport Sohn müsse per Lkw vorbehaltlos in der Sedelhofgasse angedient werden können. „Das wollen wir, eine Andienungsgarage ist machbar“ (Rivoir).

Mehr Wohnungen: Die Fraktion will, dass im gesamten Quartier insgesamt mehr Wohnungen geschaffen werden als bisher vorgesehen.

Alle Rechte vorbehalten

Vervielfältigung nur mit schriftlicher Genehmigung

Copyright by SÜDWEST PRESSE Online-Dienste GmbH - Frauenstrasse 77 - 89073 Ulm